

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 27 (1947-1948)
Heft: 11

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zur Lage

Auch jetzt wieder stehen, wie schon im Zeitraum unseres letzten Berichtes, die Vorgänge im Gebiete des Mittelmeers stark im Vordergrund der Ereignisse. Dabei läßt sich immerhin gleich sagen, daß die Verhältnisse in und um Griechenland bis heute gar nicht die tragische Wendung genommen haben, die man eine Zeit lang zu befürchten schien. Freilich ist inzwischen die etwas eigenartige

Regierung des Chefs der griechischen Partisanen

ins Leben getreten, welche den Namen eines Generals Markos trägt. Allein es besteht fast der Eindruck, als handle es sich hierbei mehr um eine Verlegenheitsunternehmung mit dem Ziel, der weitgehend eingeschlafenen Partisanenaktion neue Impulse einzupumpen, ihr neuen Auftrieb zu geben. Dies läßt sich schon daraus ermessen, daß die Welle der Erregung, die im Gefolge dieser eigenartigen Regierungsbildung über die Presse ging, nach Kenntnis der wirklichen Sachlage bereits im wesentlichen wieder verebbt ist, — dies besonders deshalb, weil sich herausgestellt hat, daß auch diese Maßnahme die tatsächliche Lage nicht groß zu verändern vermochte. Jedenfalls ist es den griechischen Partisanen auch unter den neuen Bedingungen keineswegs gelungen, irgendwie nennenswerte Erfolge zu erzielen, weil eben im Verlaufe der «Truman-Aktion», deren Beginn nun doch bald ein Jahr zurückliegt, die griechische Position ganz ordentlich hat gefestigt werden können. So haben denn auch die Angliederstaaten des

vielgeprüften Griechenlandes

die Dinge bis heute noch nicht auf die Spitze getrieben, wobei man freilich die Gründe für diese Zurückhaltung auf recht verschiedenen Feldern suchen kann. Vielleicht reichen aber eben die zur Zeit zur Verfügung stehenden Mittel vorerst einfach nicht aus, um diesem neuesten Balkangeneral zu jenem Erfolg zu verhelfen, der schließlich doch die Vorbedingung für eine Anerkennung wäre. Wahrscheinlich sind eben auch

die Ordres aus Moskau

nicht in jenem Maße offensiv, wie gewisse Leute vermutet und die Anliegerstaaten gewünscht haben dürften, und vielleicht handelt es sich bei der ganzen Geschichte des Generals Markos einfach um einen der vielen gegenseitigen Schachzüge in dem großen diplomatischen, oder wenn man will: machtpolitischen Ringen um das Mittelmeer — um nicht mehr also und nicht weniger. Aber auch sonst tut sich manches in diesen Bereichen. Während es in Palästina immer blutiger zugeht, je näher der erste Termin des 15. Mai und der zweite Termin des 1. (nicht 15.) August rücken

— die Stichtage des definitiven englischen Rückzuges —, beginnen sich nun die Umriss der wahrscheinlich schon vor langer Frist eingeleiteten

neuen britisch-amerikanischen Politik

in diesen Räumen deutlich abzuzeichnen. Nach der jüngsten Reise Feldmarschall Montgomerys in diese Bereiche ist dort anscheinend ein eifriges Arbeiten und Bauen losgegangen, von dem indessen dem entfernten Beobachter zweifellos nur die markantesten Projekte erkennbar sind. Es betrifft dies einstweilen den neuen großen britischen Stützpunktblock in der Cyrenaika, mit Tobruk als Zentrum, sowie den neuen amerikanischen Luftstützpunkt bei Tripolis. Neben allen anderen bemerkenswerten Perspektiven können diese Maßnahmen sicher auf der italienischen Seite nur nach einer Richtung verstanden werden, die keine große Hoffnung bedeutet, und zwar ungeachtet der schönen Reden, die in letzter Zeit zwischen dem Grafen Sforza und den amerikanischen und britischen Partnern gewechselt worden sind. Zu diesen eindeutigen Tendenzen kam nun noch der vorläufig reichlich unabgeklärte

tragische Vorfall im Somaliland,

und es ist verständlich, daß unter solchen Umständen die Stimmung in Rom tief gesunken ist, um sich, soweit England in Frage steht, gar in heftigen Gewittern zu entladen. Aus allen diesen Umständen mag man eben erkennen, daß all' die Hilfe, welche Italien — speziell auf dem wirtschaftlichen Felde — von den Vereinigten Staaten gewährt wird, selbstverständlich keinen andern Zweck hat, als unter ganz allgemeinen Gesichtspunkten die machtpolitische Position des Westens zu verstärken, und daß der italienische Gesichtspunkt jedesmal dann unberücksichtigt bleibt, wenn er sich mit diesen Interessen nicht zu decken vermag. Inzwischen sind im amerikanischen Kongreß die

Beratungen über den Marshall-Plan

aufgenommen worden; man wird jedoch, nach den jüngsten Berichten, mit April oder Mai rechnen müssen, bis eine Entscheidung fällt. Vielleicht ist dies aber deswegen nicht so schwerwiegend, weil inzwischen die provisorische Hilfe, als Vorläufer des eigentlichen Marshall-Planes, in Funktion getreten ist. Unter ihren Aspekten ist es nun nicht nur in Italien, sondern auch in Frankreich wieder ruhiger geworden, wobei immerhin die Auguren für das Frühjahr neue Bewegung dem Bild ihrer Sterne entnommen haben. Allein es beginnt nun in diesen geprüften Ländern — auf längere Sicht gemeint — vielleicht doch endlich jene

innere psychische Erholung,

welche ja die eigentliche Voraussetzung für einen erfolgreichen Einsatz des Marshall-Planes überhaupt darstellt. Was hier insbesondere Frankreich betrifft, so scheinen bereits sehr energische Bemühungen um die endliche Sicherung der Währung in Gang gekommen zu sein, mit dem letzten Ziele, auch die Exportverhältnisse dieses Landes, die zur Zeit völlig im argen liegen, zu normalisieren. Ganz allgemein mag man nun hinter diesen Stabilisierungsbemühungen einen ersten Niederschlag der Bedingungen zu erkennen, in welche der kommende Marshall-Plan

gekleidet werden soll, und die anschließend auch bereits für die provisorische Hilfe maßgebend sind. Hiezu mag man wissen, daß im amerikanischen Kongreß von verschiedenen Seiten an Marshall das Begehren gerichtet worden ist, die Vereinigten Staaten möchten sich als

Gegenleistung

für ihre Hilfe Stützpunkte in den nutznießenden Ländern geben lassen. Immerhin haben diese bemerkenswerten Dinge bis heute noch keine festen Umrisse angenommen. Dagegen sind ohne Zweifel die allgemeinen Bedingungen, speziell wirtschaftspolitischer Natur, sehr bemerkenswert, die an den Marshall-Plan geknüpft werden sollen und an seinen Vorläufer bereits geknüpft sind, und deren Formulierung zu Ende Dezember des vergangenen Jahres bekannt geworden ist. Diese Formulierung aber lautet so:

«Jede Empfänger nation wird ersucht werden, ein Abkommen mit den Vereinigten Staaten abzuschließen, in welchem sie sich zur Erfüllung folgender sieben Bedingungen verpflichtet:

1. Steigerung der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion, um nicht mehr von außerordentlicher wirtschaftlicher Unterstützung durch einen andern Staat abhängig zu sein;
2. Ergreifung finanzieller und währungstechnischer Maßnahmen zur Festigung der Währung; Schaffung und Erhaltung eines angemessenen Wechselkurses und Errichtung eines vertrauenswürdigen Währungssystems;
3. Zusammenarbeit mit andern, am Marshall-Plan teilnehmenden Staaten, zum Zwecke der Herabsetzung der unter ihnen oder im Verkehr mit andern Ländern bestehenden Handelsschranken, und Förderung eines erhöhten Güter- und Dienstleistungsaustausches;
4. Rationelle Ausnützung der eigenen Hilfsquellen und Ergreifung von Maßnahmen zur wirksamsten Nutzbarmachung aller von den Vereinigten Staaten zur Verfügung gestellten Güter- und Dienstleistungen;
5. Förderung der Produktion besonderer Rohmaterialien und Erleichterung in der Beschaffung solcher Materialien aus den Vereinigten Staaten zum Zwecke der Anlegung von Reserven;
6. Einlage des Gegenwertes von Barkrediten auf ein besonderes Konto in der entsprechenden Landeswährung. Diese Einlagen dürfen nur zu dem von den beiden Regierungen vereinbarten Zwecken verwendet werden;
7. Berichterstattung an die Bevölkerung des eigenen Landes und an die Regierung der Vereinigten Staaten über die Verwendung der Hilfe und über die auf Grund von Abkommen mit anderen Teilnehmerstaaten und mit den Vereinigten Staaten erzielten Fortschritte.

Der von Präsident Truman vorgelegte Hilfeleistungsplan sieht Vorschüsse von 500 Millionen Dollars für Länder vor, die sich formell verpflichtet haben, die von den Vereinigten Staaten gestellten Bedingungen zu erfüllen».

* * *

Wie man weiß, besuchte, offenbar im großen Rahmen der neu aktivierten Mittelmeerpolitik Großbritanniens und der Vereinigten Staaten — deren Interessen beiläufig natürlich nicht in allen Bereichen dieser großen Zone gleich laufen —,

der ehemalige britische Außenminister Eden auch den Schah von Persien, «zum Zwecke der Revision einiger Bestimmungen in der britischen Olkonzessionsurkunde», wie es in der persischen Mitteilung heißt. In einer längeren Würdigung dieses interessanten Besuches schrieb dann die halboffizielle persische Zeitung «Journal de Teheran» zum Schluß das folgende:

«Die persischen Sympathien wenden sich instinktiv Großbritannien zu, als dem Lande, das fähig ist, zwischen den beiden Riesenreichen, der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten, das Gleichgewicht zu halten, an dem auch der Iran im eigensten Interesse festhält».

Wir meinen, daß dies nicht nur das Interesse des Iran, sondern das Interesse der ganzen Welt sei.

Jann v. Sprecher.

Militärische Umschau

Maß halten

Vor kurzem wurde auf Initiative des *Radios Basel* eine große Hilfsaktion für die ölvergifteten *Wehrmänner der Mittr.Kp. IV/52* und der *Geb.Mitr.Kp. IV/72* veranstaltet. Sie nahm marktschreierische Formen an. Gewisse Presseorgane benützten den Anlaß zu schweren Angriffen gegen die Militärversicherung, ja gegen die ganze Militärverwaltung und die Nationalspende. Den Gipfel der Geschmacklosigkeit leistete sich die Zeitung *Nation* in ihrer Nummer vom 7. Januar 1948, die unter dem Titel «Zur Würde der ältesten Demokratie» ein Bild veröffentlichte mit Schweizerkreuz, Helm und einem großen Tintenkleck, auf dem die Bemerkung steht «Sorgen der Militärpatienten».

Es rechtfertigt sich, eine objektive Darstellung der Sachlage zu geben. Die *Militärversicherung* ist keine Fürsorgeinstitution, sondern eine *Versicherungsanstalt*, deren Leistungen im Gesetz genau umschrieben sind. Wer der Ansicht ist, die den geschädigten Soldaten gewährte Hilfe sei ungenügend, vergißt, daß in diesem Fall nicht die Militärversicherungsverwaltung, sondern das Militärversicherungsgesetz die Schuld trägt. Die ölgeschädigten Soldaten sind nicht schlechter dran als andere Militärpatienten, weil hier die Bundeshaftung bis zum Maximum der gesetzlichen Leistung — 70 % der Anrechnung eines maximalen Jahresverdienstes von Fr. 6900. — eindeutig feststeht. Wenn ein Gedicht des *Volksrechts* vom 31. Dezember 1947 einen Vergleich mit den 100%ig entschädigten Nebelkühen anstellt, wird vergessen, daß die Haftung des Bundes für Drittpersonen und Sachschaden auf Art. 27 und 28 M.O. beruht und nicht beschränkt ist, während die Haftung für Wehrmänner auf Art. 21 beruht und das M.V.-Gesetz weitgehend beschränkt ist. Dieser Unterschied beruht offenbar auf der früheren Auffassung, daß der Angehörige der Armee ein gewisses Risiko selbst tragen müsse, während jemand, der der Armee nicht angehört, für den ganzen Schaden entschädigt werden soll.

Neben die M.V. tritt in den hier behandelten Fällen die Schweizerische Nationalspende (S.N.S.) — Obmann ihres Stiftungsrates ist General Guisan — in folgendem Umfange: Für beide Kompagnien bestehen unter der Leitung ihrer Kompagniekommandanten besondere Unterstützungskassen. Um eine möglichst gerechte, dem Bedürfnis eines jeden einzelnen Patienten angepaßte Hilfe sicherzustellen, wurde die Unterstützung der S.N.S. nicht durch deren Organe be-

stimmt, sondern auf Grund von Erhebungen seitens der Kompagniekommandanten gesamthaft den Unterstützungskassen überwiesen und durch diese verteilt. Die auf diese Weise ausgerichteten Beträge belaufen sich auf rund 221 000 Franken, das monatliche Betreffnis zur Zeit auf Fr. 3400.—. Außerdem wurden für Existenzbeschaffungen und Berufsumschulungen noch Fr. 35 000.— aufgewendet (vergl. Abbildung S. 35 Bericht der S.N.S. über das Jahr 1946). Die Leistungen der S.N.S. erreichen somit bis Mitte Januar den Betrag von rund 256 000 Fr. und haben selbstverständlich noch keineswegs einen Abschluß gefunden. Die S.N.S. bestrebt sich ganz allgemein, nicht nur dauernd Geldunterstützungen auszurichten, sondern wenn irgend möglich durch Umschulungen usw. die Militärinvaliden wieder einigermaßen wirtschaftlich selbständig zu machen, d. h. ihnen behilflich zu sein, die ihnen verbleibende Arbeitsfähigkeit derart auszunützen, daß ihr eigener Verdienst mit der Rente der M.V. eine selbständige Existenz gestattet. Die Gründe psychologischer Natur für dieses Vorgehen liegen auf der Hand. — Die Invaliden der Mitr.Kp. IV/52, die im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion stehen, haben außerdem durch die Militärdirektion Baselland ca. Fr. 100 000.— und den Wehrmännerfonds Baselstadt Fr. 3000.— erhalten.

Der S.N.S. sind von keiner zuständigen Seite Mitteilungen zugegangen, wonach sich einzelne Invalide in einer finanziellen Notlage befinden. Es ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß auch keine solche besteht. Sollte aber eine Notlage eintreten, ist die S.N.S. jederzeit bereit, durch vermehrte Einzelhilfe das Nötige zu deren Behebung beizutragen. Seitens der Invaliden wird die 100%ige Entschädigung für erlittene Einbuße an Arbeitsfähigkeit verlangt. Die S.N.S. kann aber, mit Rücksicht auf ihre Verpflichtungen gegenüber den hundert anderen Militärpatienten, nicht summarisch für die umstrittene Differenz von 30 % aufkommen, sondern nur behilflich sein, in den einzelnen Fällen, je nach Bedürfnissen, die Existenzen zu sichern. Die S.N.S. glaubt mit Recht, diese Aufgabe bis jetzt erfüllt zu haben.

An dem geschilderten Beispiel zeigt sich wieder einmal deutlich, in welcher *verantwortungsloser* Weise gewisse Elemente irgendwelche Vorfälle ausschlichten, um gegen militärische Institutionen Sturm zu laufen.

Stillstand im Flieger-Beobachtungs- und Meldedienst.

Der Flieger-Beobachtungs- und Meldedienst ist letztes Jahr neu organisiert worden und gliedert sich in 4 Zonen, 9 Abschnittskommandos und 19 Kompagnien. Im Rahmen dieser Organisation wurden, erstmals seit dem Aktivdienst, im Jahre 1947 wieder Ausbildungskurse in der Dauer von acht Tagen für die Mannschaften und 13 Tagen für die Kader durchgeführt. Im genehmigten Voranschlag für 1948 sind die Kredite für Ausbildungskurse für 2300 Mann des Fl.BMD mit insgesamt 19 010 Dienstofftagen ausgesetzt. Das E.M.D. strich aber Mitte Dezember die vorgesehenen Ausbildungskurse des Fl.BMD, weil sie sich nicht auf eine materielle Rechtsgrundlage stützen können. Die Verordnung vom 1. September 1939 über den Fl.BMD, die die Durchführung dieser Kurse vorsieht, wird offenbar nicht mehr als genügende Rechtsgrundlage erachtet. Diese Verordnung stützte sich auf den Beschluß der Bundesversammlung vom 7. Oktober 1936 über die Truppenordnung, der den Bundesrat ermächtigte, gewisse Dienstzweige zu organisieren, ihm aber keine Kompetenz gab, Ausbildungsdienste festzusetzen, die im Militärorganisationsgesetz nicht vorgesehen sind.

Das E.M.D. nimmt in Aussicht, für andere, sich in einer ähnlichen Lage befindliche Kurse die Rechtsgrundlage durch einen dringlichen Bundesbeschluß zu schaffen, der den eidgenössischen Räten in der Märzsession unterbreitet werden soll. Die von der Bundesversammlung bereits genehmigten Ausbildungskurse für den Fl.BMD sind aber sistiert. Vom Standpunkt der Legalität aus ist diese Maßnahme

zu begrüßen, aber vom Standpunkt der Bereitschaft aus ruft sie Bedenken. Der Fl.BMD gehört zu jenen Formationen der Armee, die als erste einsatzbereit sein und mithelfen müssen, Kriegsmobilmachung und Aufmarsch unserer Armee gegen überraschende Angriffe aus der Luft zu sichern. Der Einsatz der Fliegertruppe und der Fliegerabwehr und die Warn- und Schutzmaßnahmen des passiven Luftschutzes sind weitgehend abhängig vom guten und rechtzeitigen Funktionieren des Fl.BMD.

Knapp bemessene Umschulungskurse

Im Jahre 1948 finden für einen Drittel der Feldartillerie und die gesamte Gebirgsartillerie Umschulungskurse statt. Ein erster Drittel der Feldartillerie ist bereits 1946 umbewaffnet und umgeschult worden. Im laufenden Jahr vertauschen acht weitere Abteilungen mit insgesamt 24 Batterien ihre 7,5 cm Feldkanonen aus dem Jahre 1903 mit den neuen 10,5 cm Haubitzen. Gleichzeitig tritt an Stelle des Pferdes der Motor. Ende dieses Jahres wird somit jedes Feldartillerieregiment zwei motorisierte Abteilungen mit 10,5 cm Haubitzen und nur noch eine pferdebespannte Abteilung mit 7,5 cm Feldkanonen aufweisen. Die Geschütze für ihre Umbewaffnung sind in Fabrikation.

Die 12 Gebirgsbatterien werden in den Umschulungskursen lediglich motorisiert und umorganisiert. Aus den 6 Abt. zu je 2 Bttr. werden 4 Abt. zu je 3 Bttr. gebildet. Sie behalten ihre 7,5 cm Gebirgskanonen 1930 (Skoda) und 1933 (Bofors). Die vier neuen Abt. erhalten die Nummern 33 bis 36, die Bttr. die Nummern 151 bis 162. Die Abt. werden den Gebirgsbrigaden 10, 11, 12 und der 9. Div. unterstellt, so daß nach durchgeführter Neuorganisation jede dieser Gebirgs-Heereseinheiten zwei Mot.Geb.Kan.Abt. besitzen wird, die ganze Armee somit deren acht mit 24 Bttr., während die Gebirgsdivisionen 3 und 8 ihre Gebirgsartillerie verlieren.

Die Umschulung der acht Abt. Feldartillerie und der sechs Geb.Art.Abt. erfolgt im Rahmen eines normalen WK, aber unter Leitung der Abt. für Artillerie. Während für die Umschulungskurse des Jahres 1946 die Offiziere und das Motorfahrpersonal für 27 Tage einberufen wurden, hat das E.M.D. für 1948 bedauerlicherweise die Verlängerung abgelehnt, trotzdem die Kredite für 7684 Mann mit insgesamt 163 652 Diensttagen von der Bundesversammlung bewilligt sind. Die Umschulung von Kanonieren und Fahrern zu Motorfahrern muß daher dieses Jahr in die knappe Zeit von drei Wochen hineingepreßt werden. Ist nicht zu befürchten, daß diese Umschulung zu wünschen übrig lassen wird?

Miles.

Brief aus Österreich

Österreichs Regierung besteht größtenteils aus Männern, die in Hitlers Konzentrationslagern Furchtbares erduldet haben. Wenn sie Fehler machen, sagen ihre Gegner: «Das KZ ist eben doch nicht die richtige Hochschule der Regierungskunst, und dort gewesen zu sein, ist keine genügende Legitimation». Das hat viel für sich, aber es gibt auch einen anderen Gesichtspunkt. «Wer im Konzentrationslager war», so erklärte mir unlängst Dr. von Mörl, der frühere Sicherheitsdirektor von Tirol, «fürchtet den Tod nicht mehr. Der Tod ist ihm völlig vertraut geworden, und er weiß, daß es viel Ärgeres gibt als den Tod». Diese Eigenschaft erworben zu haben, ist sehr wertvoll für Mitglieder der österreichischen Regierung, denn nichts brauchen sie heute dringender als persönlichen Mut. Sie arbeiten in einer von den Sowjets besetzten Stadt; sie müssen sich täglich russischen Drucks erwehren und sind in ständiger Lebensgefahr.

Was immer man vom heutigen Österreich denken mag, vor allem verdient es Respekt.

Hut ab vor so viel Tapferkeit!

Die Versuchung, den Russen nachzugeben, ist sehr groß. Noch größer ist die Verlockung, sich durch Fügsamkeit persönliche Vorteile zu verschaffen. Dennoch, kein Volk hat den Kommunisten so tapfer widerstanden wie die Österreicher. Bei den Wahlen im Jahr 1945 eroberte die Russenpartei ganze drei Prozent, und jüngst abgehaltene Betriebsratswahlen haben bestätigt, daß der Kommunismus sogar in der Ostzone keine Fortschritte gemacht hat.

Vor dem Kriege konnte man mit einigem Recht sagen, die österreichischen Kommunisten seien so schwach, weil sie sich in der sozialdemokratischen Partei sehr wohl fühlten. Das war richtig, solange diese Partei von Otto Bauer befehligt war. Heute aber ist es keineswegs richtig. Zwar haben die Sozialdemokraten sich auf Sozialisten umgetauft, was man kaum als Fortschritt bezeichnen kann, aber sie sind nun nicht mehr von weltfremden Intellektuellen geführt, sondern von Männern, die entschieden mehr Ähnlichkeit haben mit Attlee, Bevin, Blum und Saragat als mit Laski, Crossman und Nenni. Echte Kommunisten können sich also in der sozialistischen Partei Österreichs nicht mehr zu Hause fühlen.

Jeder weiß, daß Österreich an seiner Unfreiheit krankt, aber es kann nicht verschwiegen werden, daß es diese Krankheit durch eigene Fehler verschärft. Hier zeigt es sich, daß die Konzentrationslagerleiden kein genügender Befähigungsausweis sind. Auch die Attlee, Blum und Saragat sind ja unglücklicherweise auf Planwirtschaft eingeschworen, und dasselbe gilt von ihren österreichischen Gesinnungsgenossen. Die Österreichische Volkspartei, die mit den Sozialisten zusammen regiert, hat dem gegenüber kein vernünftiges Programm der Wirtschaftsfreiheit entwickelt. Im Gegenteil: einige ihrer Wortführer gefallen sich in nebelhaften Formeln wie «christliche Solidarität», als ob die Freiheit des Christenmenschen vereinbar wäre mit einem «dirigisme», der unweigerlich in den Polizeistaat einmündet. Kein Wunder, daß bei solcher Unklarheit der stärkeren Partei die Sozialisten in allen Wirtschaftsfragen den Ton angeben.

Das hemmt nicht nur die Produktion, sondern hat auch eine politische Bewandnis von schnell steigender Bedeutung. Bürokratenwirtschaft ist notwendigerweise zentralistisch und widerspricht darum dem bundesstaatlichen Charakter der österreichischen Republik. Dieser Widerspruch ist verschärft durch eine innige Verzahnung mit der Politik der Besatzungsmächte. Was im Inland erzeugt wird, wird von Wien aus verteilt. Rußland nimmt, Amerika gibt, und die europäischen Westmächte sind in beiden Hinsichten bescheidener. Ein großer Teil der Produktion in der Ostzone wird von den Russen weggenommen. Was in den Westzonen erzeugt wird, kommt überwiegend den Österreichern zugute. Kein Wunder, daß man sich in den Westzonen der Meinung zuneigt, es wäre besser, wenn weder ihre Produktion noch die amerikanische Hilfe von Wien aus verteilt würde. Und die Amerikaner beginnen zu überlegen, ob es sinnvoll ist, auch der Ostzone zu helfen, also mittelbar die russischen Abflüsse zu schwellen. Die Abneigung gegen den verfassungswidrigen Wiener Zentralismus findet sich so im Bunde mit der in Amerika wachsenden Tendenz, dem Eisernen Vorhang einen eigenen Vorhang gegenüberzustellen.

Auf der Londoner Konferenz haben die Russen ganz zum Schluß das Zugeständnis gemacht, daß die Stellvertreter der vier «großen» Außenminister sich weiterhin bemühen sollen, den

Staatsvertrag für Österreich

auszuarbeiten. Über die Bedeutung dieser Konzession läßt sich streiten. Die meisten Österreicher nehmen an, daß es sich bloß um ein Verschleppungsmanöver gehandelt

hat. So gern man der Besetzung ledig wäre, ist man doch nicht gewillt, den Russen jeden Preis zu zahlen. Sie haben in ihrer Zone sich ein wahres industrielles Königreich geschaffen, und von dort könnten sie ganz Österreich beherrschen, wenn alle fremden Truppen abzögen. Österreich ist also an einem Staatsvertrag nur dann interessiert, wenn er jenem Königreich ein Ende bereitet, das heißt, wenn er an Österreich die Industrien zurückgibt, welche die Sowjets nicht nur genommen, sondern auch exterritorial erklärt haben.

Darum hat auch das Londoner «Zugeständnis» die Diskussion nicht abgeschnitten, was mit Rumpfosterreich, d. h. den drei Westzonen geschehen sollte, falls die Russen aus der Ostzone nicht wegzubringen wären. Die Teilnahme am Marshallplan wäre dann auf dieses Rumpfosterreich beschränkt. Wo würde es Anlehnung finden? Den Amerikanern wurde die Absicht zugeschrieben, es mit ihrer Zone in Deutschland, also

mit Bizonia und später mit Trizonia zu vereinigen.

Den Franzosen gefiel das gar nicht, weil ihnen das Übergewicht der Vereinigten Staaten in Westeuropa ohnehin unbehaglich ist. Den Westösterreichern erschiene es wie ein Anschluß an Bayern, und das wäre nicht populär. Eher würde man sich schon entschließen, sich wirtschaftlich an die Italiener anzulehnen. Würde — was man kaum zu hoffen wagt — der Marshallplan in seinem ursprünglichen Geiste ausgeführt, so verlöre diese Frage viel von ihrem Gewicht, weil dann das ganze russenfreie Europa ein einziges Wirtschaftsgebiet werden sollte.

Keinesfalls hat Österreich Lust, sich der von den Sowjets geplanten «volksdemokratischen» Donau- und Balkanföderation einzufügen. Das ist das eigentliche Kampfbjekt. Die Ostzone Österreichs ist für die Sowjets nicht gar so wichtig. Sie möchten ganz Österreich dominieren. Man erinnere sich, daß Hitler, wäre er klüger gewesen, nach der Einverleibung Österreichs Europa beherrscht hätte, ohne einen Schuß abzufeuern. Dann versteht man die Bedeutung dieser Position für jede der zwei Welten. Die mutigen Leute an der Donau halten noch immer Karls des Großen, das heißt des Abendlandes Ostmark.

Robert Ingram.

* * *

Ferner wird uns aus Wien geschrieben:

Wenn es schon nicht die Großmächte in London hatten, so hat wenigstens die Natur mit Österreich ein Erbarmen gehabt. Ein milder Winter hat bisher alle jene Hiobsbotschaften, wie sie noch im Vorjahr in Gestalt von Kohlenmangel, Stromsperren und Produktionsstillstand fast jeden Tag in den Zeitungen zu lesen waren, ausbleiben lassen. Vielleicht war das zusammen mit dem in London nicht erfolgten Abbruch der Verhandlungen ein Grund dafür, daß auch der kleine Mann wieder etwas Hoffnung gefaßt hat, es könnten doch alle Experimente, welche die großen Vier mit seinem Staat und die eigene Regierung mit seinem Geld machen, gut ausgehen. So war denn unwahrscheinlich schnell alle Aufregung über

die Währungsreform

verflohen und den Kommunisten, die sich von der propagandistischen Auswertung dieser doch tief in das Wirtschaftsleben eingreifenden Maßnahme ein unermesslich großes Kapital versprochen hatten, schwammen ihre Felle weg. Man muß nur ihre vielen (auf russischem Papier gedruckten) Plakate gelesen haben, von denen eines

in Form eines Steckbriefes gegen die 161 Abgeordneten der Mehrheitsparteien gerichtet war, die dem Währungsgesetz zugestimmt hatten, ein anderes wieder die amerikanische Hilfe für Österreich, die 60 % aller Lebensmittel liefert, als «Schwindel» bezeichnete — um sich einen rechten Begriff von der Spannung zu machen, die damals besonders in Wien deutlich zu verspüren war. Aber es kam nichts. Die Menschen schimpften und jammerten, trugen jedoch dann ihr Geld zum Umtausch, als seien sie sich der höheren Gewalt bewußt, die in Gestalt der Staatsnotwendigkeiten hinter der Maßnahme stand.

Zum ersten Mal, seitdem die Russen im Land sind, konnte man übrigens eine verschiedene Haltung der österreichischen Kommunisten und der sowjetischen Militärregierung beobachten. Der Austritt der Kommunisten aus der Regierung schien der Auftakt für eine noch rigorosere Haltung der Russen zu sein. Nach langen Verhandlungen haben diese aber schließlich dem Gesetz zugestimmt. Wahrscheinlich aus zwei Gründen: erstens durften sie wohl einen Teil ihrer 2 Milliarden Schilling (welche die russischen USIWA-Betriebe aus Österreich herausgewirtschaftet haben) zu pari einwechseln, zweitens wäre in Anbetracht des kurz darauf publizierten russischen Währungsgesetzes (das nicht 3:1, sondern 10:1 umwechselte) eine negative Haltung gegenüber Österreich wohl als der Gipfel von Feindschaft und Unlogik empfunden worden.

Über die Auswirkungen des Währungsgesetzes kann heute noch nichts Abschließendes gesagt werden. Tatsache ist jedenfalls, daß sich besonders bei den kleineren und mittleren Unternehmungen, die über keine größeren Warenlager verfügen, ein fühlbarer Geldmangel bemerkbar macht. Die große Nachfrage nach Krediten hat die Geldinstitute nunmehr auch veranlaßt, rückwirkend ab 1. Jänner den Zinsendienst wieder aufzunehmen. Wie man aber hört, sollen die Preise auf dem schwarzen Markt nicht sonderlich gefallen sein. Dies ist nicht nur auf die Weihnachtseinkäufe, die doch getätigt werden mußten, sondern auch auf das nicht unerschöpfliche Angebot an «schwarzen» Waren zurückzuführen.

Mitte Dezember wickelte sich im Parlament die

Budget-Debatte

ab. Sie stand im Zeichen hitziger Auseinandersetzungen zwischen den Parteien. Die Kommunisten, die nun auch offiziell in Opposition getreten waren, übten an den einzelnen Kapiteln demagogische Kritik, aber sie blieben nicht unwidersprochen. Der rechtsstehende Sozialist und Bürgermeister von Linz, Dr. Koref (der als künftiger Außenminister gilt), erinnerte die Kommunisten an ihre Wahlniederlage vor zwei Jahren, die nichts anderes als das Ergebnis ihrer hochverräterischen Politik bei der russischen Besetzung des Landes gewesen sei. Der damalige kommunistische Innenminister Honner, ein richtiger «Dynamitero», konnte es sich nicht versagen, unter dem Sturm des ganzen Hauses die vielsagenden Worte auszurufen: «*Wartet nur, man (die Russen? Der Verf.) wird euch schon aufspielen!*»

Trotz der im allgemeinen ziemlich weitgehenden Einigkeit zwischen der Volkspartei und den Sozialisten, die oft ihren Rednern gemeinsam Beifall spendeten, kam es diesmal zu einem unliebsamen Zwischenfall, der zeigte, daß auch innerhalb der Mehrheit ein Riß besteht, dessen Bedeutung für die weitere politische Entwicklung nicht verkannt werden darf. So konnte man die Rede eines Sozialisten hören, der dem Dollfuß-Regime die Verantwortung für die schlechte Behandlung Österreichs bei der Londoner Konferenz zusprach, und die Antwort eines Bürgerlichen, der den toten Kanzler des autoritären Regimes als den größten Österreicher unserer Zeiten bezeichnete.

Wenn irgend jemand die völlige Windstille im nationalsozialistischen und großdeutschen Lager dahin auszulegen geneigt war, es gebe wirklich niemanden

mehr in Österreich, der dem Hitlerstaat nachtrauerte, so müssen ihm zumindest jetzt die letzten Zweifel geschwunden sein. Die um die Jahreswende von den Sicherheitsbehörden aufgedeckte

Nazi-Verschwörung

war wohl keine Massenbewegung zum Sturz der demokratischen Ordnung, aber sie war ein Fanal für jene Zeit, da die Alliierten nicht mehr im Lande sein werden und das Österreich von den Besetzungsmächten direkt aufoktrozierte Nazigesetz wohl über Nacht außer Kraft gesetzt werden wird. Während selbst in der russischen Zone Deutschlands die bloßen Parteimitglieder und kleinen Mitläufer pardonnirt werden, bleiben sie in Österreich nach wie vor unter den harten Strafbestimmungen des Gesetzes. Niemand anders als der Innsbrucker Rektor und Abgeordnete Dr. Gschnitzer hat dieses unglückselige Gesetz, mit dem schon vor einem Jahr niemand einverstanden war, als eine «Todsünde» bezeichnet.

Während es den mehr als Fünfhunderttausend aber um Rehabilitierung und Wiedergutmachung geht, hatte die Gruppe jener Neo-Illegalen, die jetzt aufgedeckt wurde, andere Pläne. Ihr Ziel war die *Wiedererrichtung eines Großdeutschen Reiches auf nationalsozialistischer Grundlage*, ihre Gelegenheit aber der Ausbruch eines bewaffneten Konfliktes zwischen den Westmächten und der Sowjetunion. Unter dem Deckmantel einer «Heimkehrerbetreuungsstelle» für die Kriegsgefangenen aus Rußland haben zumeist junge Leute, die früher als Offiziere in der deutschen Wehrmacht dienten, eine Organisation aufgebaut, die über die ganze Steiermark verbreitet war und deren momentane Aufgabe sich darauf beschränkte, verfolgten Gesinnungsgenossen falsche Dokumente zu beschaffen. Wie weitreichend aber die Hand dieser Nazis war, ist aus der Tatsache zu ersehen, daß es mit ihrer Hilfe dem früheren Gauleiter der Steiermark, Dr. Uiberreither, gelang, aus Dachau zu entfliehen.

Eine in eigener Regie arbeitende nationalsozialistische Organisation unter Führung eines früheren Gauredners bestand übrigens auch noch in Oberösterreich. Es scheint so, als ob diese Gruppe mit ihrer unterirdischen Tätigkeit erst beginnen wollte. Das dazu nötige Geld hatte man sich bereits in Sacharingeschäften auf dem schwarzen Markt beschafft: es waren immerhin einige hunderttausend Schilling. Die Verbindung zu der steirischen Gruppe bestand wohl, doch gab es Differenzen bezüglich der Person des «Führers».

Trotz der nur geringen Ausdehnung, welche diese antiösterreichische Verschwörung hatte, wäre es leichtsinnig, die vielen günstigen psychologischen Umstände außer acht zu lassen, die sich heute für derlei Aktionen in Österreich ergeben. Das Verhältnis der Großmächte zueinander und die schwierige und sich nur langsam bessernde Situation in Wirtschaft und Ernährung im Lande sind ganz dazu angetan, solchen Versuchen einige relative Chancen zu geben.

Brief aus Paris

Das Ende des Jahres 1947 und der Anfang von 1948 sind durch eine äußerst starke politische Tätigkeit gekennzeichnet. Die seit Jahresfrist eingetretenen Veränderungen sind beträchtlich. Anfang 1947 wurde die vierte Republik geboren. Ihre Paten waren die drei zusammengeschlossenen politischen Parteien, während die Radikalen und die Rechte sich im Hintergrund hielten. Heute kümmert man sich kaum mehr um die politischen Parteien, die das parlamentarische Halbrund bilden und beschäftigt sich nur noch mit den drei *Kräften* oder *Mächten*, die sich in die Stimmen teilen. Es sind dies: der *Kommunismus*, der *Gaullismus* und, zwischen diesen beiden, die *Dritte Kraft* (troisième force).

Die Abnahme des Kommunismus und der Aufstieg des Gaullismus

sind für 1947 charakteristisch. Wird der Verlauf des Jahres 1948 diese Tendenz bestätigen, oder geht die Entwicklung in einer anderen Richtung? Eine der hauptsächlichsten Ursachen des großen Erfolges des RPF war, abgesehen von der Persönlichkeit des *Generals de Gaulle* selbst, dessen klare Stellungnahme gegen den Kommunismus. Seither hat sich aber die Lage weiter entwickelt. Die Kommunisten mußten auf Befehl Moskaus wieder zu ihrer revolutionären Taktik zurückkehren; dies führte sie dazu, in heftige Opposition zu allen anderen Parteien zu treten. Ihre Propaganda hat sich besonders durch die scharfen Angriffe gegen die Sozialisten ausgezeichnet, und die Lage ist nun so, daß heute ein sehr tiefer Graben die Verbündeten von gestern trennt. Tatsächlich war den Parteien der Mitte die Aufgabe zugefallen, mit den Kommunisten zu brechen. Durch *Ramadier* wurden sie aus der Regierung verdrängt, und *Schuman* hat ihnen durch seine feste Haltung gegenüber den revolutionären Streikbewegungen eine äußerst fühlbare Niederlage zugefügt. Das RPF kann also heute nicht mehr sagen, das Monopol des Anti-Kommunismus zu besitzen.

Aber gibt es denn die *Dritte Kraft* wirklich? Die Mitte versucht, sich derartig fest zusammenzuschließen, daß sie gleichzeitig den Kommunismus und den Gaullismus in Schach halten kann. Sie tut dies nicht nur aus der Überzeugung, daß sich ihr jetzt eine günstige Gelegenheit zu einem solchen Zusammenschluß biete; sie fühlt auch die Notwendigkeit, sich im Volk eine festere Basis zu sichern.

Die Troisième force

ist in erster Linie aus dem Bündnis der Sozialisten mit den Volksrepublikanern entstanden. Diese Koalition ist aber weit davon entfernt, eine Einheit zu bilden. Die Mitgliederschaft der sozialistischen Partei zeichnet sich durch Qualität aus: sie besteht aus Beamten, Intellektuellen, sie scheint aber nicht fähig zu sein, bei den Wahlen noch an Stärke zuzunehmen. Die Volksrepublikaner hingegen sind die großen Besiegten der letzten Gemeindewahlen. Es zeigte sich, wie stark das MRP an Boden verloren hatte. Die meisten seiner Mitglieder sind von einem inneren Zwiespalt befallen: einerseits neigen sie gefühlsmäßig de Gaulle zu, auf der anderen Seite steht aber die Partei-Disziplin. Das sind keine günstigen Verhältnisse für den Beweis des eigenen Dynamismus.

Werden sich die Radikalen der *Dritten Macht* anschließen? Die Frage ist noch in der Schwebe. Sie trennt augenblicklich die radikalen Parteimitglieder in zwei Lager: die einen sind aus wahltechnischen Gründen dem RPF günstig gestimmt, während die anderen mehr zur *troisième force* neigen.

Das Jahresende hat außer der *troisième force* noch eine andere «Kraft» entstehen sehen: die neue gewerkschaftliche Zentrale, die sich

force ouvrière

nennt. Sie ist aus der Spaltung der CGT (Allgemeiner Gewerkschaftsbund) hervorgegangen, die im Augenblick zweifellos das wichtigste und zugleich folgenschwerste Ereignis darstellt. Theoretisch sollte diese Spaltung der *Dritten Macht* zugute kommen. Die *force ouvrière* kann dieser aber offiziell nicht angehören, weil sie, entsprechend ihren öffentlich bekannt gegebenen Grundsätzen, ihre Unabhängigkeit gegenüber allen politischen Parteien bewahren will. Dessenungeachtet kann man sich nur schlecht vorstellen, daß ihre Mitglieder am Tag der Wahlen für andere Gruppierungen ihre Stimme abgeben. Diese logische Vermutung könnte sich immerhin auch als falsch erweisen. Nicht wenige, des Kommunismus überdrüssige Arbeiter gehen direkt zum Gaullismus über, denn sie lieben die Extreme.

Man kann zusammenfassend sagen, daß die *troisième force* eine Gruppierung von Parteien ist, die versucht, sich durch die Gemeinsamkeit ihres *Willens zum Widerstand nach zwei Seiten* Festigkeit zu geben. Der Widerstand richtet sich sowohl gegen die kommunistische Drohung, wie auch gegen die Drohung einer persönlichen Machtergreifung. Es ist dies eher eine negative, als eine dynamische Haltung.

Man darf vermuten, die öffentliche Meinung werde wohl letzten Endes eher den tatsächlichen Ereignissen Rechnung tragen, als nach Partei-Grundsätzen zu handeln, über die sie reichlich enttäuscht ist. In diesem Sinne wäre das Schicksal der *troisième force* eng verbunden mit einer Besserung der Lebensbedingungen, die aber bald eintreten müßte. Schon die leichteste Besserung in dieser Beziehung hätte die Wirkung, sich von allen Abenteuern abzuwenden. Im entgegengesetzten Fall aber würde das Land unweigerlich etwas neues suchen, es hätte den Wunsch — *que ça change!* Gerade diese zweite Möglichkeit kommt dem Schreiber dieses Artikels als die wahrscheinlichere vor. Die *Dritte Macht* durfte sich keinen Fehler erlauben und soeben hat sie einen ungeheuren begangen, indem sie

übereilte finanzielle Maßnahmen

guthieß. Die meisten Abgeordneten, die hiefür stimmten, taten dies schweren Herzens und nur aus Furcht, sonst durch den Sturz der Regierung einer unheilvollen politischen Krise Tür und Tor zu öffnen. Aber diese politische Krise wird notwendigerweise doch kommen und zwar als Folge der sich bereits am Horizont abzeichnenden Wirtschaftskrise, deren Ausbruch durch jene zur unrichten Zeit gefaßten Pläne beschleunigt wird.

Der Rahmen dieses Artikels erlaubt kein näheres Eingehen auf die in Ausführung befindlichen finanziellen Maßnahmen. Aber zwei kurze Überlegungen werden deren Zusammenhanglosigkeit hervortreten lassen. Die Regierung hat ihre Unfähigkeit eingesehen, die Hausse der Preise für landwirtschaftliche Produkte mit Erfolg zu bekämpfen. Sie hat ohne Zweifel in erster Linie aus diesem Grund ein Vorgehen gewählt, das den Preisen der industriellen Erzeugnisse die Angleichung an die Preise der landwirtschaftlichen Produkte erlaubt. Aber diese Maßnahme macht ihrerseits eine Abwertung des französischen Frankens notwendig, um dadurch die nun für den Export sonst zu hoch gewordenen Preise der französischen Fabrikate auszugleichen¹⁾. Dies wäre eine Politik. Aber nachdem man sie gewählt hat, tut man dergleichen, als hätte man sie nicht gewählt und verkündet feierlich die Notwendigkeit, den Franken zu verteidigen und die Inflation zu bekämpfen! Und zu diesem Zweck erhebt man von allem Arbeitseinkommen der Produzenten, sowie überhaupt aller Berufsausübenden, eine ganz

übertrieben hohe Steuer,

die 25—50 % des im Jahre 1946 erzielten Gewinnes ausmacht. Umso schlimmer, wenn sich seither der Gewinn in Verluste umgewandelt hat... Es scheint nun aber, es gehe infolge der mangelnden Kaufkraft des Publikums mit den Geschäften abwärts. Auf welche Weise werden die Kassen dieser Vorwegnahme entgentreten? Gibt es, falls sie ihr nicht gewachsen sind, nicht eine Art allgemeinen Konkurs, der eine Krise der Arbeitslosigkeit nach sich ziehen wird? Man hofft, diese Befürchtungen seien übertrieben und die Mischung einer Hausse aller Preise und der Schwächung der Kaufkraft stelle das non plus ultra wirtschaftlicher Genialität dar. Man möchte es so gerne glauben. Nichtsdestoweniger werden eine Unmenge von Leuten Schwierigkeiten gegenübergestellt sein, aus denen sie keinen Ausweg finden.

¹⁾ Die Frankenabwertung ist inzwischen erfolgt. *Schriftleitung.*

können. Wer sind diese Leute? Sie gehören gerade jenen Klassen an, die dazu berufen sein sollten, die Stütze der *troisième force* bei den Wahlen zu sein: Produzenten und Handeltreibende, die Mittelklasse, Angehörige der freien Berufe, Landwirte usw.

Man kann somit voraussehen, daß sich eine Welle der Unzufriedenheit ausbreiten und die Stunde General de Gaulles beschleunigt herbeiführen wird. Es ist dies weit mehr als eine bloße Wahrscheinlichkeit. Andererseits ist es aber wahr, daß niemals in der Politik etwas ganz sicher ist.

Bertrand de la Salle.

Londoner Brief

Der Engländer, der sich Gedanken über die Zukunft seines Vaterlandes macht, kann den Anbruch des Jahres 1948 nicht mit freudigen Gefühlen begrüßt haben. Daß die wirtschaftliche Lage überaus schwierig und voll der ernstesten Gefahren ist, hört er jeden Tag, besonders von dem neuen Schatzkanzler Sir Stafford Cripps, der, was man auch sonst von ihm denken mag, jedenfalls völlig frei ist von dem leichtfertigen Optimismus, der allen Äußerungen seines Vorgängers Dr. Dalton einen so fatalen Beigeschmack gab. Mit etwas ernsten Sorgen muß ihn die Entwicklung der außenpolitischen Lage erfüllen, und der Zusammenbruch der Londoner Konferenz, der den

Schluß-Akzent des Jahres 1947

bildete, kann diese Sorgen nur verstärken. Nicht daß dieser Ausgang der Konferenz jemanden überrascht hätte. Von dem ersten Tage der Verhandlungen an sah man klar, daß Herrn Molotow nichts an einer Verständigung und alles an agitatorischer Ausnutzung lag, und nur die wenigsten hofften, daß bei diesem tagelangen Gerede, das Differenzen nicht ausglich, sondern verschärfte, etwas Positives herauskommen könne. Selbst von den Lesern der «Times» dürften nur wenige die Geduld gehabt haben, die ausgezeichneten Berichte, in denen ihr diplomatischer Korrespondent von diesen Redekämpfen meldete, gründlich zu studieren. Viele werden es fast mit einem Gefühl der Erleichterung begrüßt haben, als Mr. Marshall dem Gezänk dadurch ein Ende machte, daß er den phantastischen russischen Reparationsforderungen ein unzweideutiges «Nein» entgegensetzte.

Gleichwohl werden sich viele des melancholischen Bedauerns nicht erwehren können, daß die große Allianz, die vor zwei und einem halben Jahr über so große Gefahren triumphiert hatte, ein so unerfreuliches Ende genommen hat. Wo sind die Tage, da die Engländer sich für die Rote Armee begeisterten und für jede russische Tat die schonendste und wohlwollendste Auslegung fanden? Es scheint aber in der Natur der Sache zu liegen, daß

Koalitionen niemals den gemeinsamen Sieg überdauern

und daß es schon etwas außergewöhnliches ist, wenn sie wenigstens bis zum Siege zusammenhalten. Die Große Allianz, die Wilhelm III. gegen Ludwig XIV. zusammengebracht und Marlborough von Sieg zu Sieg geführt hatte, endete mit dem englischen Sonderfrieden von Utrecht 1713, den Bolingbroke gegen den heftigen Widerstand der Bundesgenossen mit dem französischen Könige schloß. Die preußisch-englische Allianz von 1756 zerbrach mit dem Frieden von Paris, den Lord Bute zu Stande brachte und den Friedrich der Große ihm und Großbritannien niemals verzieh.

Die europäischen Koalitionen, die William Pitt mit eiserner Zähigkeit und ungezählten Subsidien gegen das revolutionäre Frankreich bildete, endeten eine nach der anderen in kläglichen oder tragischen Differenzen und, als Europa endlich 1814 über Napoleon triumphiert hatte, stand der Wiener Kongreß zeitweilig direkt vor einem russisch-preußischen Krieg gegen England, Österreich und Frankreich. Die preußisch-österreichische Allianz, die 1864 Dänemark besiegt hatte, endete bei Königgrätz. Wie nach dem ersten Weltkrieg der amerikanische Kongreß den Versailler Vertrag in die Luft sprengte, ist noch in allgemeiner Erinnerung.

Vielleicht haben deshalb diejenigen Engländer Recht, die den eingetretenen Bruch mit Rußland als eine Tatsache hinnehmen, die früher oder später doch kommen mußte, und vor allem daran denken, die wohl oder übel wiedergewonnene Handlungsfreiheit dazu auszunutzen, das westliche Europa ohne Rücksicht auf russische Unzufriedenheit und russische agitatorische Kritik wieder aufzubauen. Diese Aufbauarbeit steht natürlich in engem Zusammenhang mit dem

Marshall-Plan,

der sie zum mindesten als nicht aussichtslos erscheinen läßt. Zwar wird noch viel Wasser die Themse herunterlaufen, bevor aus dem Plan ein brauchbares Gesetz geworden ist. Aber alle Nachrichten aus USA sprechen doch dafür, daß, nicht zum wenigsten dank des Eindruckes der russisch-kommunistischen Agitation, die große Mehrheit des Kongresses und seiner Wähler die europäische Situation begreift und dringend wünscht, etwas Wirksames für ihre Gesundung zustande zu bringen. Hoffentlich gelingt es auch, zwischen der amerikanischen und den europäischen Regierungen, unter denen die britische zweifellos die wichtigste ist, einen Gleichklang zu erzielen. Es machte keinen sehr erhebenden Eindruck, wie die Amerikaner erst verlangten, die sechzehn europäischen Regierungen sollten sich nicht auf die Rolle des interessierten Zuschauers beschränken, und dann das State Department in Washington plötzlich abwinkte, es wünche keine europäische Konferenz, solange die Vorlage den Kongreß noch nicht passiert habe. Daß der französische Finanzminister René Mayer sich dadurch nicht abhalten ließ, nach London herüber zu kommen und eingehend mit Cripps zu konferieren, ist erfreulich, und man darf vielleicht hoffen, daß sie bei diesen Verhandlungen weiter gekommen sind, als das sehr blasse offizielle Communiqué vom 16. Januar erkennen läßt. Noch erfreulicher wäre es, wenn die beiden Regierungen zu einer Verständigung über ihre deutschen Zonen gelangen würden.

Es war nicht sehr geschickt, daß der amerikanische und der englische Militärbefehlshaber in Frankfurt mit den Deutschen verhandelten, bevor sie den Versuch einer Einigung mit den Franzosen gemacht hatten, wenn ihr Verfahren formell auch unangreifbar ist. Sachlich ist jedenfalls zu begrüßen, daß die Zuständigkeit und Verantwortlichkeit der deutschen Behörden gestärkt werden soll. Diese Auffassung kann durch das wüste Toben der russischen und russisch geleiteten Presse nur bestärkt werden. Aber es wäre leichtfertig, sich die Gefahren zu verhehlen, die dadurch heraufbeschworen werden können.

Wie große Hoffnungen man aber auch auf den Marshall-Plan setzen mag, — allein kann er die Katastrophe der englischen Volkswirtschaft unmöglich abwenden. Dazu ist, wie gerade Cripps immer wieder betont, notwendig, daß diese selbst alle Kräfte anspannt. Mit verständlichem Beifall wird daher jedes

Anzeichen gesteigerter Produktion

begrüßt. Man kann den Sprechern der Regierung die Befriedigung nachfühlen, mit der sie verkündeten, daß die Kohlenproduktion fast das Jahresziel erreicht habe. Das ist auch gewiß ein erfreulicher Erfolg. Aber um welchen Preis! Es genügt ja

schließlich nicht, daß man produziert und exportiert. Worauf es entscheidend ankommt, ist, daß die britischen Produkte zu konkurrenzfähigen Preisen auf den Weltmarkt gebracht werden. Nun sehe man sich einmal den Bericht an, den das «Coal Board» über die ersten beiden Quartale seiner Tätigkeit nach der Verstaatlichung — Januar bis Juni 1947 — erstattet. Nach einer Berechnung, bei der mehrere belastende Posten ausgeschaltet sind, hat sich zwar im ersten Vierteljahr ein kleiner Gewinn, im zweiten aber ein erheblicher Verlust ergeben. Der Grund ist nicht fern zu suchen; im Mai wurde die Fünf-Tage-Woche eingeführt. Sie wurde auch nicht abgeschafft, als die Notwendigkeit größerer Produktion in die Augen sprang. Die zusätzlichen Arbeitsstunden wurden auf Betreiben der Gewerkschaft auf den Samstag verlegt, wo sie als «Überstunden» mit Aufschlag entlohnt werden. Die Produktionskosten per Tonne müssen also weiter gestiegen sein. Am 1. Januar wurde der Kohlenpreis erneut um 2½ sh per Tonne erhöht. Aber wird dies das Ende sein? Das führt wieder auf das

Grundproblem der Gewerkschaftspolitik.

In der letzten Dezemberwoche hat der Generalrat des «Trade Union Congress» beschlossen, bei seiner alten Lohnpolitik stehen zu bleiben, und seinen Verbänden empfohlen, nach wie vor jede Lohnerhöhung hereinzuholen, die sie durchsetzen können; aber die Lebensmittel-Subsidien sollen aufrecht erhalten werden und die Preise dürfen nicht heraufgehen! Der «Economist», früher der Verfechter des wirtschaftlichen Liberalismus, der aber zeitweilig von planwirtschaftlichen Anwendungen nicht ganz frei war und der selbst seine Stellung als «links vom Zentrum» bezeichnet, hat die Verantwortungslosigkeit dieses Beschlusses und die volkswirtschaftliche Weisheit, die sich in ihm ausspricht, in einem ungewöhnlich scharfen Artikel kritisiert (3. Januar). Niemand, heißt es hier, könne den «Trade Unions» mehr nachrühmen, daß sie ein Faktor der fortschrittlichen Initiative seien. «Sie sind ein Alldruck (incubus), ein Element der Tatenlosigkeit. Weit davon entfernt, in ihrer besonderen Art die edelsten Triebe der Menschheit zu verkörpern, wie uns die Labour-Mythologie glauben machen will, vertreten sie jetzt in Wahrheit lediglich das am sichersten verschanzte der befestigten Interessen». Der «Economist» berechnet, daß im letzten Jahrzehnt, d. h. während und infolge des Krieges, das Real-Einkommen aus Lohn um 10 bis 35 % gestiegen ist, während dasjenige aus Gehalt um 20—30 %, dasjenige aus Gewinn um 25 % und dasjenige aus Kapital-Anlage noch mehr gefallen ist. «Mindestens 10 % der nationalen Kaufkraft sind gewaltsam vom Mittelstand und den Reichen auf die Lohnarbeiter übertragen worden». Mag dies Ergebnis auch sozialistische Wünsche befriedigen, so zeigt es doch, wie wenig die Arbeiter jetzt eine Vorzugsbehandlung zu Lasten der Allgemeinheit beanspruchen können. Einmal wird auch Sir Stafford Cripps genötigt sein, dies Problem ins Auge zu fassen.

Ignotus.